

*Trotz der guten Mobilisierung nach Hamburg und der guten Medienresonanz auf unsere Aktionen dürfen wir die massiven Einschränkung von demokratischen Grundrechten nicht aus den Augen verlieren.*

*Kannst du bitte beschreiben welche Rechte eingeschränkt wurden?*

Wollte ich das vollständig tun, wäre kein Platz für weitere Fragen, so umfassend versammlungsfeindlich hat sich die Polizei in Hamburg verhalten. Das beginnt schon lange im Vorfeld, indem in Hamburg eine rote und eine gelbe Zone eingerichtet werden. Sie umfassen einen engeren und einen weiteren Bereich um Messehallen und Elbphilharmonie, die Versammlungsorte der Gipfelteilnehmer. BewohnerInnen können da nur noch umständlich durch wenige Einlassstellen hin, BesucherInnen eingeschränkt oder gar nicht.

Spätestens mit der Ernennung von H. Dudde zum Gesamteinsatzleiter für die G20-Tage wird auch offensichtlich, dass die Landesregierung keine Proteste zulassen, sondern sie aktiv unterdrücken will. Budde war mehrfach von Gerichten wegen rechtswidriger Einsätze kritisiert worden. Ihn interessieren die Rechte der Bürgerinnen i gar keiner Weise und so sollte es bleiben. Erster Konfliktpunkt waren Camps. AktivistInnen wurde von Anfang an daran gehindert, irgendwo zu übernachten. Auch Gerichtsurteile, die genau dies erlaubten, wurden offensiv missachtet. Einsätze gegen Proteste dagegen wurden extrem hart geführt. Auch Aktionen aus der Hamburger Bevölkerung („cornern“, d. h. draußen gemeinsam was trinken und sich unterhalten) wurden unvorhersehbar und willkürlich angegriffen – oder auch in Ruhe gelassen.

Es war zu keinem Zeitpunkt erkennbar, ob und in welchem Umfang Demonstrationen stattfinden können würden. Selbst für die internationale Großdemo am 8. Juli hatten wir niemals einen Kontakt zu entscheidungsbefugten Behördenvertretern. Die einfachen Beamten der Demonstrationsbehörde sagten: Alles gut, es wird ein paar Protokollstrecken geben, aber das geht alles seinen Gang. Das konnte nicht stimmen und kurz vor dem Gipfel gab es eine 38 Quadratkilometer große „blaue Zone“, in der jegliche Versammlung verboten war. Vor dem Gipfeltreffen selbst konnte Mittwoch die Nachttanzdemo mehr oder weniger unbehelligt stattfinden, Donnerstag wurde die bis dahin völlig friedliche „welcome-to-hell“-Demo mit brutaler Gewalt aufgelöst. Auch in die Großdemo am Samstag gab es immer wieder Eingriffe. Am Tag des Zivilen Ungehorsams am Freitag gab es extreme Gewalt seitens der Polizei; schon beim Abmarsch aus den Camps wurden Leute überfallen und schwer verletzt, ebenso während der Blockaden. Zahlreiche Leute wurden eingeknastet, einige sitzen noch in Haft, die Zustände in der Gefangenensammelstelle waren menschenunwürdig, die Urteile sind viel mehr von politischen Forderungen nach Rache als von Rechtsgrundsätzen geprägt.<sup>1</sup>

*Stellt das – z.B. im Vergleich zu Heiligendamm 2007 – eine Zäsur dar, und wenn ja, woran lässt sich der qualitative Unterschied festmachen?*

Auch in Heiligendamm war die generelle Haltung der Polizei nicht versammlungsfreundlich. Die Proteste wurden von ihr und seitens der Politik als Problem wahrgenommen, nicht als bürgerrechtliche Selbstverständlichkeit. Dennoch gab es Personen und Institutionen, die erkennbar zumindest einen ruhigen Ablauf des Geschehens wünschten. Auch seitens der städtischen Bürgerschaft gab es eine Offenheit für die Anwesenheit und die Anliegen des Protestes. In Hamburg fehlte all das. Die Stadtspitze hat offensiv jedes Gespräch verweigert. Ihre Kommunikation signalisierte von Anfang an: „Wir mögen euch alle nicht und wir wollen euch hier nicht haben.“ Das musste dann während der Aktionstage selbst gerechtfertigt werden, indem Bilder produziert wurden, die die Protestierenden ins Unrecht setzen. Die ungunstigen Ereignisse am Freitag Abend in der Schanze haben ihr das erleichtert, aber das nicht verursacht. Hamburg war im Gegensatz zu Heiligendamm von vorne herein dazu vorgesehen, grundsätzlichen Protest zu delegitimieren. Das zeigte sich sehr deutlich daran, dass die offenbar vorbereitete Hetzkampagne gegen alles Linke sofort losbrach und nicht verändert wurde, obwohl viele Medien schon während der Gipfeltage die Lügen der Polizei und mancher Medien aufdeckten.

*Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren bereits Normalität?*

Leider ja, aber auch schon in Rostock geschehen.

*Kein Aufschrei bei den Hamburgern wie damals in Frankfurt bei Blockupy?*

Nein und ja, anders jedenfalls. Die „ehrenwerte Gesellschaft“ Hamburgs, alle, die in dieser Stadt glauben, etwas zu sein, stehen fest hinter Senat und Polizeiführung, trotz aller Lügen. Scholz' Aussage, Polizeigewalt habe es „nicht gegeben“, erinnert ja durchaus an Trumps Leugnung des Klimawandels und wie der kommt er damit durch!

Aber insgesamt waren die Masse der Hamburgerinnen und Hamburger großartig. Wir wurden freundlich empfangen, es gab viele Übernachtungsmöglichkeiten in Privatwohnungen und während der Campverbote wurden sie immer mehr. Kirchengemeinden, Schauspielhaus und viele, viele schlossen sich an. Cornern

---

<sup>1</sup> Mehr dazu [http://www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/G20\\_Protest.pdf](http://www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/G20_Protest.pdf)

war eine massenhafte Protestform in Solidarität mit den auswärtigen DemonstrantInnen. Dutzende von kleineren und größeren Aktionen gegen den Gipfel, seine TeilnehmerInnen und ihre Politik sind aus der Hamburger Bevölkerung heraus organisiert worden. Und nicht zuletzt an der tollen Abschlussdemo am Samstag waren ganz überwiegend HamburgerInnen beteiligt.

*Klagen können oft nur individuell eingereicht werden, aber wie können wir unsere Grundrechte verteidigen?*

Der wichtigste Punkt ist immer wieder derselbe: Man darf sich nicht einschüchtern lassen und muss da und dann, wo und wann die Politik verabredet und propagiert wird, die die Welt gefährdet, öffentlich, laut, sichtbar dagegenstehen.